

Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis ist halbjährlich, der Gesamt-Bezugspreis fest. Preis eines Heftes 35 Goldmark. Bezugsbedingungen sind hier wie die Zeitungs für die kommende Woche zu lesen. Inhalt der Anzeigen: Aufnahme: John Wie veranlagt.

Die Anzeigen werden nach Kolumnen-Teilen berechnet, die Dreizehner sind freizeichnend. Verlagsort: Neue Promenade 12 am Ende des Hauptplatzes 17. Fernsprecher: Gesamt-Nummer 7451. Druck-Platz: „Anzeigenteil Halle'sche“, Post-Nummer: Postfach 10000 Halle a. S. Verleger: John Wie. Verlagsort: Halle a. S. Verlagsnummer: 4. Verlagsort: Halle a. S.

Die Sachverständigen bei Marx.

Ansprachen des Rainers und Generals Dawes.

Berlin, 31. Januar. Die Mitglieder des Sachverständigenausschusses für Budget und Währung wurden gestern vom Reichsanwalt im Beisein des Finanzministers Dr. Gieselermann und des Finanzministers Dr. Lutzer und des Wirtschaftsinstituts Sammlungen. Anwesend waren auch der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Müller und der Vorsitzende der Kriegskassenkommission Staatssekretär Fischer. Der Reichsanwalt begrüßte die Herren des Komitees durch folgende Ansprache:

„Meine Herren! Ich freue mich, Gelegenheit zu haben, Sie namens der Reichsregierung hier zu begrüßen, nachdem Sie durch den Beschluß der Reparationskommission vom 30. November durch mich beauftragt worden sind, die Wege für einen Ausgleich des deutschen Haushalts und die Maßnahmen für eine Stabilisierung der Währung zu ermitteln. Die Reichsregierung erkennt es mit Dank an, daß Sie hierher gekommen sind, um an Ort und Stelle die deutschen Verhältnisse zu prüfen. Es wird seitens der deutschen Verwaltung alles getan, um Sie in Ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen. Ihre Wünsche und Fragen werden mit größter Beachtung und mit rücksichtloser Offenheit behandelt und beantwortet werden. Zur Unterstützung Ihrer Arbeiten ist im Auftrag der Reichsregierung Material für ein Studium der deutschen Wirtschaft, Währung und Finanzen zusammengestellt worden, das Ihnen alsbald zugehen wird. Um die geschäftlichen Beziehungen zwischen dem Komitee und den deutschen Regierungsstellen zu erleichtern, ist die deutsche Kriegskassenkommission, deren Vorsitzender Herr Staatssekretär Fischer ist, beauftragt worden, die deutsche Regierung Ihnen gegenüber zu vertreten. Außerdem ist ein besonderer Vertreter der Kriegskassenkommission in dem Ihnen für Ihre Arbeiten zur Verfügung gestellten Gebäude, darunter am Abend, um Ihre Wünsche in Empfang zu nehmen.“ — Der Vorsitzende des Komitees, General Dawes, erwiderte folgendes:

Herr Reichsanwalt! Das Komitee beauftragt mich, seinen Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß ihm Gelegenheit geboten wird, Sie und Ihre Mitarbeiter in der deutschen Regierung kennen zu lernen. — Als gemeinsamer Ausschuss empfinden wir die große Bedeutung einer gemeinsamen Verständigung der Wertes über eine Lösung der vor uns liegenden Probleme, und es ergeht uns höchst wünschenswert und wichtig, daß die deutsche Regierung daran teilnehme. Es ist unsere Hoffnung, daß eine solche Verständigung erreicht werden wird. Wir danken Ihnen für die Zusage Ihrer Hilfe und Mitarbeit.

Ueber die getriggte Vermittlungskommission veröffentlicht das Komitee für Budget und Währung folgendes „Communiqué“: Das erste Sachverständigen-Komitee hat Mittwoch vormittag 11 Uhr zusammen. Es hat beschlossen, sich an den Reichsanwalt zu wenden, um die Verständigung herbeizuführen mit den Personen, die offiziell beauftragt sind, Auskunft zu geben über die technischen Fragen, mit denen sich das Komitee zu befassen hat. Das Komitee hat den Wunsch, seine Untersuchungen in Berlin mit der möglichsten Eile durchzuführen, aber es beabsichtigt nicht, seinen Bericht vor seiner Abreise abzuschließen. Das Komitee hat weiterhin beschlossen, seine Arbeiten Mittwoch nachmittags in Unterensachsen fortzusetzen.

Bremierministerkonferenz.

Paris, 31. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) „Comptoir Paris“ will wissen, daß nach der Annahme oder Ablehnung des Berichtes der Sachverständigen durch die Reparationskommission die interalliierten Premierminister Ende März zu einer Konferenz zusammenzutreten, zu der sowohl die Vereinigten Staaten als auch Deutschland eingeladen werden sollen. Diese Konferenz, welche den letzten Versuch zur Befriedigung einer Verständigung darstellen. Sofort nach der Ablehnung des englischen Komitaments am 11. Februar sollen Vorschläge zum Frieden den alliierten Regierungen mitteilen. Rayner Macdonald beabsichtigt, kurz vor dem Zusammentreten des Parlaments eine internationale Versammlung zur Behandlung der interalliierten Schuldfrage einzuberufen. Sobald eine allgemeine Lösung zustande gekommen ist, müsse Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden.

Der Briefwechsel Macdonald-Poincaré.

Paris, 31. Januar. Der Brief Macdonalds und die Antwort Poincarés bilden die Grundlage des Tages, ohne daß sich in einzelnen Kreisen eine besondere Uebertragung über den Brief des englischen Premierministers bemerkbar macht. Man wußte, daß Macdonald die Wiederannäherung der freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich wünsche und es war bekannt geworden, daß die Zurückhaltung, mit der der Reichsanwalt Macdonalds Brief in Paris aufgenommen wurde, Macdonalds angenehm berührt hatte. In seinem Brief gibt der englische Premierminister dem Wunsch Ausdruck, mit Frankreich verständig zusammen zu arbeiten, eine Erklärung, die in der französischen Presse stark unterrichtet wird. Macdonald hat sich, obgleich der Wortlaut seines Briefes nicht genau bekannt ist, in ungewöhnlich freimüthiger Weise geäußert und hinzugefügt, er sei bereit, Poincaré zur Erzielung einer definitiven Verständigung auf halbem Wege entgegenzukommen. Die Antwort Poincarés enthält ähnliche, wenn auch mehr zurückhaltende Äußerungen.

Paris, 30. Januar. Bertinax teilt im „Echo de Paris“ folgende Einzelheiten aus dem Briefwechsel zwischen Poincaré und Macdonald mit: Die beiden Staatsmänner geben sich gegenseitig das Wort, trotz der öffentlichen Meinungsverschiedenheiten alles aufzubieten, um die verschiedenen Probleme gültig zu behandeln und an dem Wiederaufbau Europas stets mitzuwirken. — An diese Worte anknüpfend, bemerkt Bertinax, daß die Beligung des französisch-englischen Konfliktes selber noch nicht abgesehen sei.

In zahlreichen Punkten könnten von Seiten Frankreichs Zugeständnisse erfolgen. In den beiden Hauptfragen der Reparationen und der Sicherung, seien die gegenwärtigen Zustände nicht zu überbrücken. Bertinax stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die Arbeiterregierung überhaupt nur ein Ziel haben, die Franzosen und Belgier aus dem Ruhrgebiet zu verdrängen. Bertinax macht dann noch eine Reihe Feststellungen über die Besitztümer der Arbeiterkassen, und bemerkt ferner, daß man Frankreich gegen den Abschluß eines harmlosen Vertrages verwehren sollte. (2)

Wieder ein Opfer der Volksjustiz.

Protestbrief gegen die Separatistenherrschschaft.

Kranke, 31. Januar. Der berüchtigte Separatist und französische Spitzel Gumbinger, der schon vor längerer Zeit von seinem Hofen als Bürgermeister durch Gemeinderatsbeschlüsse entfernt worden mußte, ist jetzt ein Opfer der Volksjustiz geworden.

Gumbinger hatte sich während des Rheins- und Ruhrkampfes allgemeine Verachtung der Bevölkerung dadurch zugezogen, daß er die Vertreibung und Ausweisung vieler Einwohner von Kogeln durch falsche Denunziationen bei der französischen Besatzungsherrschaft veranlaßt hat. Er ist gestern Abend auf der Straße zwischen Kogeln und Gohelheim von drei noch nicht ermittelten Tätern durch Revolverkugeln so schwer verletzt worden, daß er im Krankenhaus sofort operiert werden mußte. In seinem Verstande wird er geisteskrank.

Kirchheim-Bohdan, 31. Januar. Vorgeföhrt wurde von den Separatisten der Verwaltungsinспектор Marx in Kirchheim-Bohdan verhaftet und nach Speyer gebracht, weil er sich weigerte, separatistische Aufträge weiterzugeben. Als Protest gegen diese Verhaftung, sowie gegen die Verhaftung des Bürgermeisters Buh und der Stadträte Bader und Scherter itaten lärmliche Schreie, auch die Schulen von Kirchheim-Bohdan in den Streit ein bis zur Freilassung der Verhafteten. * * *

Teuerungsgebung des bayerischen Grundbesitzes.

München, 31. Jan. (Sieg Drahtmeldung.) Der Bayerische Landtag trat heute nach längerer Pause wieder zusammen und nahm zu dem Ereignis in der Pfalz Stellung. Präsident Königshofer ergriff in längerer Rede der Seiten der pfälzischen Volksgenossen. Gegen den Mißbrauch der Gewalt in der Pfalz soll vor der ganzen Welt feierlich protestiert werden. Der Präsident gab unter lauten Beifall der Hoffnung Ausdruck, daß der Tag der Erlösung für die treuen Pfälzer bald kommen werde. Hierauf sprach Ministerpräsident v. Künling, der gleichfalls auf die Zusammenarbeit der Franzosen und der pfälzischen Separatistenhandeln hinwies und es ausdrücklich begrüßte, daß die englische Regierung durch einen besonderen Kommissar sich von der Lage der Pfalz unterrichtete.

Die englisch-französischen Rhein'onflikte.

England gegen die Behandlung der Pfalzfrage durch die Völkerbundkommission.

Paris, 31. Januar. Zu dem Bericht Lord Crewe's an Quai d'Orsay, der sich auch auf das Rheinproblem bezieht, erklärt die „Chicago Tribune“, daß der englische Gelände eine schriftliche Note bei Poincaré hinterlassen hat.

Die englische Regierung lehnt es ab, das Problem der Völkerbundkommission zur Behandlung zu unterbreiten mit der Begründung, daß das französische Argument, wonach die Sicherheit der französischen Besatzungstruppen bedroht sei, nicht haltbar wäre. In der englischen Antwort wird mitgeteilt, daß General de Wey persönlich die die Sicherheiten der Besatzungstruppen als bedroht bezeichnet habe.

London, 30. Januar. Der diplomatische Berichterstatter der „Reichminister Gazette“ schreibt, daß die Anbahnung einer Bannabingung britischer Heereskräfte in Rheinland eine ernste Angelegenheit sei. Das Abwehmen westlicher Militärrückzüge würde die Stellung der Engländer in Köln unerträglich machen. Macdonald erhebt in Paris energischen Protest gegen dieses Vorgehen und fordert, daß die Freiheit der englischen Verbindungen hergestellt werde.

Das englische Arbeitslosigkeitsproblem.

London, 31. Januar. Macdonald hat in Emsborough gestern eine Anordnung von Arbeitslosen erlassen. Nach der „Daily Mail“ erklärte der Premierminister, daß die Arbeiterregierung erst nach Regelung verschiedener finanzieller Fragen Maßnahmen zur Beschäftigung der Arbeitslosen ergreifen könne. Die Arbeiterorganisationen haben aber zunächst in Schulungslagen und erwarten, bis die einzelnen Staatsdepartements ihre Tätigkeiten voll entfaltet haben. Bei der Eröffnung des Parlaments am 12. Februar, so fügte Macdonald hinzu, würde er positive Aussagen machen über die verschiedenen Fragen: 1. Anzertennung Sozialversicherung, 2. Kredit, 3. Verschärfung von Arbeiterwohnungen, 4. Befähigung der Arbeitslosigkeit.

Die Zeitung erklärt, nachdem die Unterhaltungen über die Beschäftigung Englands im Ausland beendet worden. Indessen ist bemerkenswert von der Entdeckung einer Million nach Ausland nicht die Rede.

Ächtung der Kosten der Kontrollkommission.

Berlin, 31. Januar. Das Reichsfinanzministerium hat den Jotels, in denen die Berliner Externe-Kontrollkommission untergebracht ist, mitgeteilt, daß es sich weiterhin nicht mehr möglich sei, die Kosten für die Unterbringung der verschiedenen Kommissionen zu decken und es ab 1. April d. J. nur noch die Hälfte der Kosten beglichen könne. Der Rest müsse gebundet werden. Die Jotelsbetreiber wollen darauf nicht eingehen.

Zur Geschichte der Rentenmark.

Von Staatsminister Dr. Helfferich, M. d. R.

Der unvollständige Deutsche Reich ist alles durch die Parteipolitik sein Schicksal, daß sich um die Entschädigung der Reparationen ein neues, gefährliches Streitfeld entpinnen wird, in dem jeder einseitig die Schuldfrage die geschäftlichen mehr und mehr zu verdrängen drohen. Der Name Helfferich steht im Mittelpunkt dieser an sich recht unzulässigen und vielfach wertvolle nationale Kräfte raubenden Auseinandersetzungen. Deshalb ist es erforderlich, daß Helfferich selbst jetzt das Wort ergreift, um in laudable Weise die Ereignisse, Anreden und Reden anderer dem berechtigten Verständnis „den Feinden“ seines Reiches die neuen Währungs, die es in seinem Schicksal an ihm heißt, zu liefern. Die Schriftleitung.

Als im Frühjahre vorigen Jahres die verhängnisvolle Verstellung, man könne auf werbefähiger Grundlage rechnen, ohne ein werbefähiges Zahlungsmittel zu haben, in dem Sieg des Systems der innewärtigen Indebiltäten auf die Spitze getrieben wurde, war ich mit dem Reichsminister, der der völlige Zusammenbruch der Papiermark unabweisbar geworden sei. Schon zu Beginn des Jahres 1923 hatte ich über diesen Punkt in der damals vor dem Reichstag stehenden Neubearbeitung meines Buches „Das Geld“ (Leipzig, C. V. Hirschfeld) warnend auf die Enttarnung hingewiesen. Die damals vorhergehenden Schreibungen habe ich folgendenmaßen charakterisiert (a. a. O. S. 671 ff.):

„Nur wenn man von jeder mährischen Anwendung des Systems der geltenden Staats abschilt, so wird man sich dem System nicht verschließen können, das dieses System nach dem Grundsatz die beste Stimmung gegen den verhängnisvollen Weltlauf von Wöhnen und Preisen ausstrahlt muß. Eine Teuerung der Warenpreise, der die Wöhne und Gehälter nicht automatisch folgen, regt einerseits zu einer verstärkten Arbeitsleistung an, andererseits zu Einschränkungen im Verbrauch. Paßt aber die Entlohnung der Arbeit sich automatisch der Teuerung an, so ist die beste Stimmung, die allen die Teuerung an der Währungs fallten können, ausgeschaltet. Dann muß die Anspannung der Wöhne an die Teuerung zu einer neuen Verteuerung der Preise führen, die wieder zu einer neuen Erhöhung der Wöhne und so weiter in infinitum, und wenn der Staat oder seine Zentralbank, wie es Voraussetzung für dieses System ist, für die aus diesem Weltlauf sich ergebenden Anforderungen ungenügend zu antworten vermag, so ist die Teuerung nicht nur ein Anzeichen für die Anzeichen in gewöhnlicher Welt, sondern ein Zeichen für die Anzeichen in gewöhnlicher Welt.“

Trotz dieser Warnungen, die ich den nachgebenden Stellen eindringlich genug vorzutrag, hat man sich der Unernst des Sozialdemokratischen Schicksals nicht bedacht, die werbefähigen Wöhne anzuheben, was natürlich werbefähige Wöhne unabweisbar geworden waren, bis ich am 4. Juli der Reichsministerverammlung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller auszuspricht:

„Wenn wir gedrängt werden, uns auf die höchste Ebene zu heben, so müssen wir uns nach dem nächsten Haltepunkt umsehen, um die Möglichkeit einer Umkehr zu gewinnen, ehe der Schaden unabweislich wird.“

Damals schon war es mir klar, daß eine Notmaßnahme gefordert werden würde, die untern in seiner Substanz und in seinen Funktionen völlig ausgehöhlt und damit zum Unterzang verurteilten Gelde eine neue substanzvolle Grundlage geben, auch ohne auf Grund einer untern Leistungsfähigkeit an der Regelung der Reparationsfrage eine einträgliche Neuordnung unseres Geldwesens möglich sei wird.

Früher Nacht unterbrach ich meinen Sommerurlaub, kehrte nach Berlin zurück und entwarf die meinen imwischen ausgearbeiteten Plan nach Währungsreform mit einigen meiner Parteifreunde, dem Reichsanwalt Dr. Cuno, dem Reichsminister des Auswärtigen von Rosenbergs, dem Reichsfinanzminister Hertzes und dem Reichs-erährungsminister Dr. Lutzer. Ich fand größtenteils Zustimmung nicht nur für den Gedanken an sich, sondern auch für die Realwendigkeit der kühnen Durchführung. Sofort nach Abschließung der damals eingebrachten Steuerfrage sollte die Durchführung in Angriff genommen, bis dahin sollte die Angelegenheit aus nachliegenden Gründen nach Möglichkeit distrikt behandelt werden.

Am 8. August kam der völksparteiliche Abgeordnete Dr. Albrecht zu mir und teilte mir mit, daß nach seiner Auffassung und berichtigten sachlicher Sachverhalte aus dem Wirtschaftslieben eine langwierige Geschäftliche Angelegenheiten, wenn nicht es wäre für die Schaffung von werbefähigen Zahlungsmitteln gesehe. Er habe diese Auffassung auch in seiner Fraktion vertreten und Zustimmung gefunden. Dabei war er auch von anderer Seite damals an mich geteilte Zustimmung auf, ob man nicht auf Grund von Kalk, Kohle und anderen Rohprodukten, Goldscheine ausgeben könne. Sein Bericht wurde mir mitgeteilt, daß ein mit dem gewöhnlichen Währungsreform keine Realproduktion für einen solchen Zweck zur Verfügung zu stellen. Er werde sich an mich, als Sachmann von Währungsfragen, ob ich nicht helfen wolle. Ich befragte dem Kollegen Dr. Albrecht, daß ich die Frage genau so ernst anfrage wie er selbst, fügte auch hinzu, daß ich mir schon meine Gedanken über die Möglichkeit einer Rettung gemacht habe. Seine Idee, ein neues Geld auf Rohprodukten unmittelbar zu emittieren, scheine mir allerdings sehr lokal durchführbar, nicht dagegen für einen gemeinsamen Lösung geeignet. Auf den dringenden Wunsch des Kollegen Albrecht, noch an demselben Abend mit ihm zum Reichs-anzler und zum Finanzminister zu gehen, antwortete ich ausweichend mit dem Hinweis darauf, daß ein solcher Schritt nur dann einen Erfolg erwarten lassen, wenn die Regierung ganz bestimmte und feststehende Vorbedingungen machen könne. Dagegen meinte ich, daß ich mich nicht an mich, als Sachmann, dem Kollegen Dr. Zapf ausgegangene Anregung nicht, als die Frage am Abend im Klub von Berlin in einem kleinen Kreise weiter zu besprechen; ich ergreife im Gegenteil die Gelegenheit gerne, um wenigstens in ganz großen Jähren meine

